
Editorial: Finanzielle Bildung: Was soll die Politik tun?

LUKAS MENKHOFF UND DORIS NEUBERGER

Lukas Menkhoff, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin, E-Mail: lmenkhoff@diw.de
Doris Neuberger, Universität Rostock, E-Mail: doris.neuberger@uni-rostock.de

Die Deutschen sparen häufig zu wenig für ihre Altersversorgung, ihre Geldanlagen sind unzureichend diversifiziert und oft renditeschwach. Zudem gelten fast 10 Prozent der Bevölkerung als überschuldet, viele sind auch zu teuer verschuldet indem sie bspw. permanent ihr Girokonto überziehen. Schon Jugendliche überschulden sich wegen zu teurer Handy-Verträge. Besonders einkommensschwache Verbraucher geraten in eine Falle wucherischer Kreditverträge und Überschuldung. Problematisches Finanzverhalten, aber auch „fragwürdige“ Finanzprodukte gibt es hinreichend. Entsprechend groß ist der Bedarf, diese Situation zu verbessern.

Diverse Maßnahmen, von Schulungsmaterial über spezielle Kurse bis zum Schulunterricht, zielen darauf die fehlende Finanzbildung zu verbessern. Demnach umfasst finanzielle Bildung eine Menge an Instrumenten, um sub-optimalem Verhalten entgegen zu wirken. Andere Instrumente, mit denen die Ergebnisse von Finanzverhalten verbessert werden könnten, sind bspw. eine bessere Finanzberatung oder die Eliminierung von „schlechten“ Finanzprodukten mittels besserer Regulierung.

Finanzielle Bildung ist jedenfalls ein umstrittenes Thema, und das wegen seiner beiden Bestandteile: Finanzen sind vielen suspekt und Bildung gilt zwar generell als anstrengenswert, aber strittig ist was dies konkret bedeuten soll. Insofern gibt es weder im öffentlichen noch im akademischen Diskurs annähernde Einigkeit, was man der Politik empfehlen könnte. Manche Kontroverse scheint uns auch daran zu liegen, dass die Beteiligten in ihrer Position verharren und möglichen Gegenargumenten nicht immer die volle Aufmerksamkeit schenken. Selbst wenn dies zutrifft bleiben aber hinreichend gute Argumente für nicht vereinbare Positionen, so dass die Politik letztlich eine Entscheidung treffen muss, welche Maßnahmen sie ergreift oder eben auch nicht. Wir werden dies später noch deutlicher ausführen.

Zuerst skizzieren wir kurz die Beiträge in dieser Ausgabe der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Wir haben diese Beiträge tendenziell so geordnet, dass wir vom ökonomischen Mainstream ausgehen, bis hin zu der Vorstellung, dass ein Schulfach Wirtschaft sinnvoll sei. Dann präsentieren wir die Kritik daran, ausgehend von der Kritik an solch einem Schulfach. Sozusagen den dritten Teil dieses Hefts bilden zwei Beiträge, die Vorschläge über die Kontroverse um eine curriculare finanzielle Bildung hinaus machen.

Überblick zu den Beiträgen

Den Ausgangspunkt bilden **Tabea Bucher-Koenen und Caroline Knebel** mit der Frage „**Finanzwissen und Finanzbildung in Deutschland – Was wissen wir eigentlich?**“. Der Status Quo in Deutschland ist gut im internationalen Vergleich, aber doch kann nur die gute Hälfte der Bevölkerung grundlegende Fragen richtig beantworten. Diese Kenntnisse und kompetente Finanzentscheidungen sind positiv mit einem höheren sozio-ökonomischen Status verbunden. Zusätzlich hat Finanzwissen eine erwünschte Wirkung auf das Verhalten.

Der folgende Beitrag von **Burkhard Balz** „**Ökonomische Bildung aus Sicht der Deutschen Bundesbank**“ begründet die These, dass Wissen über (Wirtschafts- und) Finanzthemen „unverzichtbarer Teil der Allgemeinbildung“ sei. Die Deutsche Bundesbank hat ein unmittelbares Interesse daran, dass die Bevölkerung die Bedeutung von Preisniveaustabilität versteht und keine übermäßigen finanziellen Risiken eingeht, um ihre Ziele der Preisniveau- und Finanzstabilität besser zu erreichen. Deshalb engagiert sie sich auch in der ökonomischen Bildung.

Eine grundlegende Debatte zur finanziellen Bildung kreist um die Frage des am besten geeigneten Ortes. In ihrem Beitrag „**Finanzielle Bildung in der Schule oder am Arbeitsplatz? Eine Synthese und kritische Würdigung aktueller Forschungsbefunde**“ behandelt **Carmela Aprea** dieses Thema systematisch, indem sie auf beide Argumentationsstränge und die jeweils zugehörige Evidenz eingeht. Letztere lässt bisher nur Tendenzaussagen zu, die beiden Lernorten eine Berechtigung lassen. Allerdings erlaubt die vorliegende Evidenz nach Ansicht der Verfasserin zum jetzigen Zeitpunkt keine weitreichenden Entscheidungen.

Der derzeit zentrale Ort finanzieller Bildung ist die Schule, und **Günther Seeber** gibt Antworten auf die Frage „**Finanzbildung in einem eigenen Schulfach?**“. Er diskutiert die wesentlichen Varianten mit denen ökonomische Themen in verschiedene Fächer oder Fachkombinationen eingebracht werden können. Um die fachliche Qualität finanzieller Bildung in der Schule zu sichern plädiert er für eine eigenständige fachliche Ausbildung wie für etablierte Fächer.

Den Kontrapunkt zu Seeber setzt **Christian Fridrich** mit „**Finanzerziehung versus Finanzbildung im Rahmen sozioökonomischer Bildung – oder: Zur Bedeutsamkeit einer sozialwissenschaftlichen Kontextualisierung**“. Er plädiert gegen ein Fach ökonomische Bildung und für ein Fach sozio-ökonomische Bildung. Während die ökonomische Finanzerziehung vorwiegend funktional auf effizientes Verhalten und Situationsbewältigung ausgerichtet sei, verfolge die breitere sozioökonomische Finanzbildung das Ziel, Menschen zu einer kritischen Reflexion, selbstbestimmten Lebenslage und Mitgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu befähigen.

Übereinstimmend damit kritisiert **Martina Schmerr** in „**Finanzielle Bildung: Lobbyistischer Kampf um die Köpfe oder Verwirklichung eines umfassenden Bildungsanspruchs?**“ das einseitige Verständnis ökonomischer Bildung an Schulen. Sie weist zudem auf einen kritischen Punkt finanzieller Bildung in Schulen hin: den lobbyistischen Einfluss von Finanzdienstleistungsunternehmen auf Unterrichtsmaterialien, womit das praktische Vermittlungsinteresse und die funktionalistische Ausrichtung anstelle einer kritisch-emanzipatorischen sozioökonomischen Bildung gestärkt wird.

Einen breiten Ansatz finanzieller Bildung wählen **Andreas Oehler und Matthias Horn** in ihrem Beitrag „**Was sind Schwachstellen und Alternativen finanzieller Bildung?**“. Sie lehnen ebenfalls

eine rein funktionale Wissensvermittlung ab und sprechen sich für eine angewandte finanzielle Bildung aus, die sich an den Bedürfnissen und der Lebenswelt der Verbraucher*innen ausrichtet und zudem deren begrenzte Rationalität sowie Informationsverarbeitungskapazität beachtet. Sie weisen darauf hin, dass auch junge Menschen Interesse an finanziellen Themen haben und dass gute Verbraucherinformation eine notwendige Bedingung für die Nutzung finanzieller Bildung zu einer selbstgesteuerten und kritischen Auseinandersetzung mit Finanzprodukten ist.

„Kann guter Verbraucherschutz finanzielle Bildung ersetzen?“ wird zum Abschluss von **Sally Peters und Hanne Roggemann** gefragt. Dies wird von ihnen verneint, denn finanzielle Bildung und Verbraucherschutz wirken nur gemeinsam. Einerseits müssen Verbraucher*innen durch Regulierungen und Aufsicht vor missbräuchlichen Praktiken von Finanzdienstleistern geschützt werden, andererseits brauchen sie ein grundlegendes Finanzwissen, um gut informierte Entscheidungen treffen zu können. Mehr Wissen allein ist wiederum kein ausreichender Schutz, insbesondere für sozial schwache, verwundbare Verbraucher*innen.

Vorgeschlagene Politikmaßnahmen

Jeder der kurz skizzierten Beiträge zeigt aus seiner Sicht Defizite bei der finanziellen Bildung in Deutschland auf. Auf dieser Basis werden dann entsprechende Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Bildung gemacht.

Bucher-Koenen und Knebel sprechen sich für eine bundesweite Strategie aus, deren Maßnahmen systematisch evaluiert werden sollten.

Balz weist darauf hin, dass andere Länder gute Erfahrungen mit einer nationalen Strategie zur ökonomischen Bildung gemacht hätten, und dies deshalb auch für Deutschland geprüft werden könnte.

Apra sieht grundlegende Defizite bei der Evaluierung von Maßnahmen der finanziellen Bildung, so dass man erst danach geeignete Designs besser beurteilen kann. Dabei spricht sie sich für drei Akzentsetzungen aus: weniger pure Wirtschaftswissenschaft und mehr Verknüpfung mit der Lehr-Lernforschung; Einbeziehung betroffener Personengruppen; Berücksichtigung nicht-kognitiver Aspekte.

Seeber plädiert für finanzielle Bildung als Teil eines Schulfachs „Wirtschaft“. Dieses Fach sollte eigenständig sein, um das entsprechende Gewicht und die entsprechende Qualität der Lehrenden zu haben.

Fridrich empfiehlt eine lebensweltorientierte, subjektbezogene und sozialwissenschaftlich orientierte Finanzbildung im Rahmen einer breiten sozioökonomischen Bildung. Sie sollte mit einer wirksamen Kontrolle von Einflüssen aus der Finanzindustrie sowie Informations- und Produktregulierungen einhergehen.

Schmerr spricht sich ebenfalls für eine sozioökonomische (Finanz-)Bildung aus. Sie sollte ausgewogen, multiperspektivisch, kontrovers, schülerorientiert und unabhängig von kommerziellen Interessen sein.

Oehler und Horn empfehlen eine praxisnahe Bildung für lebenslanges Lernen. Sie sollte sich auf ein ökonomisches Grundverständnis, wenige Faustregeln und wichtige finanzielle Entscheidungen im Lebenszyklus beschränken und durch einen gesetzlich vorgeschriebenen Zugang zu relevanten und hochwertigen Informationen flankiert werden.

Peters und Roggemann sprechen sich für eine finanzielle Allgemeinbildung in Verbindung mit sozialem Verbraucherschutz aus. Sie sollte soziale Problemlagen und den Umgang mit Lebensrisiken einbeziehen, ein Grundlagenverständnis und eine Sensibilisierung für die eigene Einstellung zu Geld erreichen und die Fähigkeit sowie Bereitschaft zur Vertretung eigener Interessen fördern.

Unsere Zusammenfassung

Ein Konsens besteht darin, dass finanzielle Bildung als rein ökonomische und abstrakte Wissensvermittlung zu kurz greift. Sie sollte sich auch an der Lebenswelt und dem Lebenszyklus der Menschen orientieren und – wie jede Bildung – zur autonomen Lebensgestaltung, kritischen Reflexion und sozialen Teilhabe befähigen. Sie sollte deshalb frei von einseitigen Einflüssen der Finanzindustrie sein. Finanzielle Allgemeinbildung ist kein Ersatz für Verbraucherschutz, sondern beide sollten sich ergänzen.

Uneinigkeit besteht in Bezug auf die praktische Umsetzung der finanziellen Bildung in Schulen. Für eine Integration in ein Fach Wirtschaft spricht die größere (finanz-)ökonomische Fachkompetenz der Lehrenden, für eine Integration in ein Fach Sozialökonomie oder Wirtschaft und Politik dagegen die multidisziplinäre Breite.

Die Frage der Denomination erscheint jedoch nachrangig, wenn der Lehrplan eine (sozio)ökonomische Bildung vorschreibt, die gesellschaftlich-institutionelle Bezüge und kritische Reflexion vermittelt. Dafür dürfte auch eine Zusammenarbeit mit außerschulischen, nicht-kommerziellen Einrichtungen wie Schuldnerberatungen, Verbraucherzentralen und der Deutschen Bundesbank hilfreich sein. Die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen müsste entsprechend gestärkt werden und im Gegenzug lobbyistische Lehrangebote an Schulen und Hochschulen ausgeschlossen werden. Durch eine praxisnahe Bildung für ein lebenslanges Lernen (auch am Arbeitsplatz) könnten die Schulen entlastet werden und sich auf ihren eigentlichen umfassenden Bildungsauftrag konzentrieren. Die finanzielle Allgemeinbildung würde sich dann auf ein ökonomisches Grundverständnis sowie die wichtigsten finanziellen Entscheidungen im Lebenszyklus konzentrieren. Bedingung dafür ist ein guter Verbraucherschutz, der den Zugang zu standardisierten und verständlichen Finanzprodukten sowie hochwertigen Informationen sicherstellt und insbesondere verwundbare Verbraucher*innen vor Überschuldung durch schlechte Produkte oder Praktiken der Anbieter schützt. Die Finanzdienstleistungsregulierung und -aufsicht müssen entsprechend verbessert werden. Dies verlangt insbesondere auch eine schlagkräftigere BaFin.

Um die Frage „Finanzielle Bildung: Was soll die Politik tun?“ abschließend zu beantworten, bedarf es schließlich viel mehr weiterer Forschung, auch das zählt zum konsensualen Bereich. Zu den vorliegenden Schulungskonzepten liegen in der Regel noch zu wenige Evaluationen vor. Bisher wissen wir zwar, dass finanzielle Bildung wirksam ist, aber dieses Wissen könnte sehr viel detaillierter sein für konkrete politische Maßnahmen. Aussagen darüber, worauf es besonders an-

kommt, sind bei der derzeitigen Datenlage unsicher, denn die Bildungsmaßnahmen sind doch recht heterogen. Insofern sollten die Zusammenhänge zwischen finanzieller Bildung, Finanzwissen, Finanzverhalten und Finanzergebnis weiter untersucht werden.

P.S. Unser herzlicher Dank gilt den externen Gutachter*innen, die jeden Beitrag gelesen und mit ihrem Feedback zu Verbesserungen beigetragen haben.